

Klima retten - Erneuerbare Energien ausbauen - Regionalwirtschaft stärken - Zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen - Heimat bewahren - Natur schützen - Lebensqualität sichern

Pulheimer Manifest für eine Energieversorgung ohne Braunkohle

**Verabschiedet anlässlich des Bürgerforums "Zukunft statt Braunkohle"
am 23. September 2006 in Pulheim (Rheinland).**

Die Gewinnung und Nutzung von Braunkohle ist in Ost und West mit gravierenden negativen Folgen verbunden. Zigtausende Menschen werden ihrer Heimat beraubt, Natur und Landschaft zerstört, der Gewässerhaushalt geschädigt, das Klima angeheizt. Dabei gibt es heute längst Alternativen. Auch ohne Atomkraft und Kohlestrom kann die Energieversorgung dauerhaft gesichert, können zukunftsfähige Arbeitsplätze geschaffen werden.

Wir, die Unterzeichnenden des *Pulheimer Manifests für eine Energieversorgung ohne Braunkohle*, fordern deshalb den geordneten, aber raschen Ausstieg aus der Kohlenutzung. Alle Planungen zum Bau neuer Braunkohlekraftwerke müssen beendet und die Braunkohlegewinnung gestoppt werden. Stattdessen müssen die Chancen einer zukunftsfähigen Energieerzeugung ohne Braunkohle konsequent genutzt werden – zum Wohle der Menschen und der globalen Umwelt.

[Klima retten – Braunkohle stoppen](#)

Die Folgen des von uns Menschen verursachten Klimawandels sind längst unübersehbar:

Hitzerekorde und „Jahrhundert“-Hochwasser, Wirbelstürme und Artenschwund sind unübersehbare Signale, dass es allerhöchste Zeit ist, zu handeln. Bis zum Jahre 2050 muss der Ausstoß von Kohlendioxid global halbiert, das heißt in Industrieländern wie Deutschland um 80 % reduziert werden, um die schlimmsten Folgen des Klimawandels abzuwenden. Nur so können gerechte Existenzbedingungen für die menschlichen Zivilisation gesichert und die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten werden. Die Braunkohle ist der klimaschädlichste aller Energieträger. Allein die acht größten von RWE und Vattenfall betriebenen Braunkohlekraftwerke sind jährlich für den Ausstoß von mehr als 145 Millionen Tonnen des Klimagases Kohlendioxid (CO₂) verantwortlich. Klimagase wie CO₂ reichern sich in der Atmosphäre an und heizen unsere Erde auf. Mit jedem zur Stromgewinnung genutztem Kilo Braunkohle wird ein Kilo Kohlendioxid freigesetzt – unabhängig vom Kraftwerkstyp und Wirkungsgrad. Auch die CO₂-Speicherung bietet keinen Ausweg, sondern schafft unbeherrschbare Folgeprobleme.

Wer es mit dem Klimaschutz ernst meint, muss deshalb den Anteil der Braunkohle an der Energieversorgung mittelfristig drastisch reduzieren und die Braunkohleverstromung bis zur Mitte des Jahrhunderts vollständig beenden.

100 % Erneuerbare Energien ist möglich

Neue Braunkohlekraftwerke mit gegenüber den Altanlagen nur geringfügig höheren Wirkungsgraden (43 statt 33 %) lösen das Problem nicht. Im Gegenteil: Sie zementieren die klimaschädliche Kohle-Vorrang-Politik für weitere Jahrzehnte und blockieren die Energiewende.

Dagegen können wir die Stromerzeugung zu 100 % auf Erneuerbare Energien umstellen. Ein schrittweise verankerter Mix aus Sonne, Wind, Wasserkraft, Biomasse und Geothermie verbunden mit der Erschließung aller Einsparpotenziale sichert die Stromversorgung, schützt das Klima und schafft neue Arbeitsplätze. Für die Übergangszeit können moderne Gaskraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung den Grundlaststrom auf wesentlich umweltfreundlichere Art bereitstellen.

Regionalwirtschaft stärken - Zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen

Braunkohle sichert keine Arbeitsplätze, im Gegenteil: RWE hat die Zahl seiner Arbeitsplätze in Kraftwerken und Tagebauen innerhalb der letzten 15 Jahre auf heute rund 8.500 halbiert. Auch Vattenfall beschäftigt in diesem Segment heute weniger als 10.000 Menschen. Entgegen der Verlautbarungen werden diese Arbeitsplätze der großen Braunkohle-Monopolisten zudem mit versteckten Milliarden subventioniert: Ob EU-Agrarsubventionen, die Befreiung von Wasserentnahmeentgelt und Förderzins, Infrastrukturmittel oder die kostenlose Zuteilung von Emissionsrechten für neue Klimakiller-Kraftwerke – Braunkohle wird erst durch diese Wettbewerbsverzerrung lukrativ.

Trotzdem boomt die Branche der Erneuerbaren Energien: Im Jahr 2005 erwirtschafteten

bundesweit 170.000 Beschäftigte einen Umsatz von 16 Milliarden Euro. Über 5.000 kleine und mittelständische Unternehmen investierten fast 9 Milliarden Euro in neue Produktionskapazitäten. Bis 2020 steigert sich den Prognosen zufolge der Kapitalaufwand auf 200 Milliarden Euro und sichert zwischen 400.000 und 500.000 Arbeitsplätze. Erneuerbare Energien sind nicht nur ein starkes Konjunkturprogramm, sondern garantieren durch ihre dezentrale Nutzung gleichfalls Bürgernähe und regionale Wertschöpfung.

Heimat bewahren - Lebensqualität sichern

Bis heute mussten in der Lausitz, dem Mitteldeutschen Revier und dem Rheinland mehr als 300 Siedlungen den Tagebauen weichen. Heute dient die Gewinnung und Nutzung von Braunkohle nicht mehr dem Wohl der Allgemeinheit. Trotz fehlender energiepolitischer Notwendigkeit sollen aber noch weitere Zigtausende Einwohner gegen ihren Willen umgesiedelt und jahrtausende alte Kulturlandschaften zerstört werden. Dazu schädigen Tagebaue und Kraftwerke durch ihren Schadstoffausstoß (Feinstaub, Schwermetalle, usw.) die Gesundheit der Bevölkerung.

Eine sozialverträgliche Umsiedlung gibt es nicht: Gewachsene kommunale Strukturen werden zerstört, Dorf- und Familiengemeinschaften zerrissen, soziale Verbände aufgelöst. Obwohl die Politik anerkennt, dass den Tagebau-Umsiedlern durch den unersetzlichen Verlust der Heimat ein gewaltiges „Sonderopfer“ abverlangt wird, wird ihnen noch nicht einmal eine finanziell abgesicherte Umsiedlung gewährleistet. Statt dessen wird den Betroffenen eine Eigenbeteiligung aufgebürdet, die viele Umsiedler zwingt, das Ersparne zu opfern.

Trotzdem haben die Tagebaubetroffenen kaum Möglichkeiten, rechtzeitig rechtliches Gehör zu erlangen. Eine Reformierung des anachronistischen und undemokratischen Bundesberggesetzes ist deshalb längst überfällig. Darin muss eine frühzeitige Berücksichtigung der Belange der Betroffenen und der Umwelt verankert werden. Da auch ohne Braunkohle die Energieversorgung gesichert werden kann, sind alle Umsiedlungsplanungen sofort zu stoppen.

Natur schützen – Zukunft bewahren

Es gibt keinen gravierenderen Eingriff in Natur und Landschaft als den Braunkohletagebau: Uralte Wälder mit streng geschützten Tierarten werden vernichtet, wertvollste Böden zerstört, grundwasserabhängige Feuchtgebiete degradiert. Nicht nur Flüsse und Quellen versiegen, auch der Grundwasserhaushalt wird durch die Tagebaue für Jahrhunderte gestört. Dazu kommt die Beeinflussung der Biosphäre durch den kraftwerksbedingten Schadstoffeintrag, den Landschaftsverbrauch und die Kühlwassereinleitungen.

Nach Tagebauende entstehen Kunstlandschaften; viele von ihnen – wie die Feuchtbiotope und Restseen - bleiben für unabsehbare Zeit abhängig von menschlicher Steuerung. Braunkohletagebaue sind mit dem Ziel einer Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen ebenso wenig vereinbar, wie mit den rechtlichen Vorgaben nach

Erreichen eines guten ökologischen, chemischen und mengenmäßigen Zustands von Grundwasser und Oberflächengewässern.

Die Gewinnung und Nutzung von Braunkohle dient heute nicht mehr mit dem Wohl der Allgemeinheit, greift massiv in die Grundrechte ein und zerstört unsere natürlichen Lebensgrundlagen! Alle Planungen zum Bau neuer Braunkohlekraftwerke müssen beendet und die Braunkohlegewinnung gestoppt werden!

Unterzeichner des *Pulheimer Manifests für eine Energieversorgung ohne Braunkohle*:

- Aktionsbündnis Stommelner Bürger "Leben ohne BoA" (LoB) [„BoA = so gen. „Braunkohlenkraftwerk mit optimierter Anlagentechnik“]
- Aktionsgemeinschaft der Bürgerinitiativen gegen die Verlegung der Autobahn A 4
- Baltic University Program (Uppsala/Schweden)
- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.
- Bürgerbewegung "Braunkohle-Nein" e.V., Lübtheen
- Diözesanrat der Katholiken im Bistum Aachen
- Energieforum Aachen
- Energiewendegruppe Münster
- EUROSOLAR, Europäische Vereinigung für Erneuerbare Energien e.V.
- Evangelischer Kirchenkreis Jülich
- Friedens-Initiative / Attac-Pulheim
- Greenpeace e.V.
- Grüne Liga e.V. – Netzwerk ökologischer Bewegungen
- Katholikenrat der Region Heinsberg
- Lacom e.V.
- Naturschutzbund Deutschland e.V.
- P.R.O. e.V. - Projektorganisation Regionale Oelpflanzennutzung, Eschweiler
- Regionalrat [Arbeitsgemeinschaft des Katholikenrates und des Regionalpastoralrates der katholischen Kirche Mönchengladbach]
- ROBIN WOOD
- Stop Acid Rain – The Swedish NGO Secretariat On Acid Rain
- Umweltforum Münster e.V.
- Vereinte Initiativen gegen Garzweiler II

Hans Ackermann (Marburg), Dr. Rolf Ahlers (Bochum), Dr. Franz Alt (Baden Baden), Friedrich Arndt (Nackenheim), Christian Arns (Berlin), Birgit und Peter auf der Landwehr (Pulheim-Stommeln), Renate Backhaus (Reppenstedt), Claudia Baitinger (Dorsten), Christa Bartolomäus (Greifswald), Günther Bauermeister (Springe), Wolfgang Baumann (Würzburg), Elisabeth Becher (Titz), Veronika Beck (Mönchengladbach), Rolf Behrens (Grevenbroich), Dr. Jochen Behrmann (Korschenbroich), Annett Beitz (Neubrandenburg), Dorothee Berthold (Röcken), Gabriela Betzmeir (Oberding), Reinhold Biehl

(Niederzier), Kirsten Bienias (Heide), Ralf Bilke (Köln), Ariane Bill (Dormagen), Benedikt Bisping (Lauf), Thomas Blaudzun (Schwerin), Hubert Böhr (Merzenich), Jörg Bogun (Pulheim), Markus Bollmann (Clausthal-Zellerfeld), Nadine Braun (Berlin), Klaus Brück (Pulheim), Ruth Brunk (Kirkel), Klaus Brunsmeier (Halver), Dieter Bunge (Pulheim), Manfred Burger (Miesbach), Dr. Monika Casaretto (Mönchengladbach), Corinna Cwielag (Schwerin), Dr. Brigitte Dahlbender (Ulm), Reinhard Degener (Groß Schenkenberg), Wolfgang Deuster (Aldorf), Jens Deutscher (Jüchen), Tamara Doerfel (Berlin), Dieter Donner (Hilden), Johannes Dünschede (Erkelenz-Pesch), Christine Düwel (Berlin), Helmut Eggers (Lübtheen), Thimas Ehses (Köln), Markus Elsner (Kerpen), Angela Engelhardt (Jüchen), Hermann Eschenbeck (Marquartstein), Jojo Fandel (Jüchen), Fannrich (Pulheim), Maria Feige-Osmers (Meppen), Gerda Fischer (Kaisheim), Stefan Fischerländer (Osterhofen), Barbara Fleischer (Jüchen), Jürgen Friedrich (Berlin), Silke Friemel (Berlin), Hendrik Fulda (Neustrelitz), N. Fritsch (Murnau), Armin Gabler (Graben-Neudorf), Klaus Genscher (Pulheim), Verena Graichen (Berlin), Dr. Thomas Griesse (Aachen), Siegfried Grob (München), Joachim Grötz (Blieskastel), Hans Grüne (Pulheim), Reinhart Günzel (Lüneburg), Eva und Günter Haag (Hambühren), Udo Hanisch (Düren), Christoph Hassel (Neunkirchen), Rainer Heckler (Niederzier), Dr. Heidrun Heidecke (Bitterfeld), Sieglinde Heinz (Donaustauf), Hanne Hendel (Pulheim), Stephan Henrich (Heuchelheim), Tilman Heuser (Berlin), Wolfgang Hielscher (Bad Schartau), Edda Holzmayer (Wehr), Dr. Werner Holzstein (Pulheim), Prof. Dr. Helmut Horn (Bremen), Angelika Horster (Krefeld), Kristian Huchtemann (Aachen), Caterina Irving (Düsseldorf), Gisela Irving (Erkelenz-Holzweiler), Peter Jagdfeld (Jüchen), Dirk Jansen (Düsseldorf), Sören Janssen (Hamburg), D. Jüterbock (Pulheim), Roland Kayser (Landau), Wolfgang Kayser (Köln), Marianne Kirsch (Kerpen), Elisabeth Kirschke (Halle), Aurelia Kirschbaum (Grefenbroich), Hasan Kistak (Dormagen), Prof. Dr. Gerhard Kneitz (Remlingen), Friedrich Knorpp (Kerpen), Marcel Krämer (Bremen), Rolf Krämer (Brackenheim), Elisabeth Krautheim (Bad Grönenbach), Günter Krell (Neuburg), Oliver Krischer (Düren), Axel Kruschat (Potsdam), Philipp Kruse (Münster), Fred Kuhles (Wyhl a.K.), Prof. Dr. Wilfried Kühling (Dortmund), Martina Lammers (Lüchow), Andreas Lathan (Köln), Per-Arne Lindström, (Berlin), Ulrich Löffler (Rostok), Volker Löker (Alpen); Otto Löwer (Kassel), Katharina Lüddemann (Jüchen), Stefan Maurer (Fürth), Nicolay und Manfred Mausz sowie Lenelore Mausz-Lenz (Quassel), Hermann Maxeiner (Hünfelden), Bernd Meier-Lammering (Herford), Trudel Meier-Staude (München), Volker Meiling (Pulheim-Stommeln), Horst Meister (Viersen), Paul Menz (Pulheim), Ralf Meyer (Halle), Martha Mertens (München), Jeffrey Michel (Heuersdorf), Jürgen Millen (Losheim), Franziska Mischek (Potsdam), Sybille Mocht-Baumgarten (Bad Schartau), Ulrich Mohr (Hochstadt), Jörg Mühlenhoff (Bonn), Markus Mütz (Jüchen), Ursula Naumann (Jüchen), Volker Nebelsieck (Celle), Dr. Werner Neumann (Altenstadt), J. Niefanger (Pulheim), Dr. Herwig Niehüser (Norderstedt), Jörg Nitsch (Obertshausen), Harald Nölle (Münster), Susanne Ott (Berlin), Reinhold Pape (Göteborg), Irene Pastuscha-Laybourne (Düsseldorf), Martin Pehnt (Heidelberg), Birgit Peuker (Berlin), Christian Pfeiffer (Jüchen), Rita Poser (Bischofswiesen), Anni Pott (Aachen), Cecilia und Winfried Preuschoff (Pulheim-Stommeln), Dr. Susanne Preuschoff (Rommerskirchen), Klaus Prietzel (Bremen), Marlene Quack (Jüchen), Paul Quack (Jüchen), Thomas Quack (Jüchen), Heidi Raith (Passau), H. Risse (Leipzig), Willi Robertz (Windeck), Martin Rocholl (Berlin), Heinrich Roth (Neustadt), Petra Rotthoff (Elsdorf), Johanna Sailer (Heemsen), Monika & Wolfgang Schaefer (Niederzier), Florian Schaumberg (Kronberg), Susanne Scherbarth (Berlin), Dieter Scherf (Osterhofen), Heide Schinowski (Berlin), Ralph Schicher (Elsdorf), Prof. Dr. Ernst Schimpff (Freising-Weihenstephan), Prof. Dieter Schmalz (Münster), Astrid Schmidt-Ritter (Bochum), Thorsten Schmitz (Jüchen), Uli Schmitz (Jüchen), Markus Schneider-Johnen (Mönchengladbach), Sebastian Schönauer (Rothenbuch), Dietrich Scholz (Pulheim), Christiane Schubert (Lüneburg), Dorothea Schubert (Aachen), Karsten Schulz-Ninow (Günzburg), Johannes Schumachers (Pulheim), A. Sommer (Aachen), Helmut Spahn (Pulheim), Gerda Spelters (Mönchengladbach), Frieder Stauder (Nackenheim), Helmut Steininger (Passau), Elenore Straub (Nossen), Iva Strothe-Foilske (Erkelenz-Holzweiler), Dirk Teßmer (Heuchelheim), Ralf Thorissen (Jüchen), Dr. Gerhard Timm (Berlin), Thomas Volpers (Templin), Dr. Gabriela von Goerne (Hamburg), Hubert von Mergershausen (Bad Staffelstein), Dr. Burkhard Vogel (Neudietendorf), Burkhard und Sylvia Voß (Potsdam), Wolfgang Walther (Pulheim), Prof. Dr. Hubert

Weiger (Nürnberg), Beate und Hubert Weinzierl (Wiesenfelden), Edith Willmann (Reutlingen), Rolf Winterstein (Düsseldorf), Bernd Wolters (Arnsdorf), Albert Wotke (Berlin), Dr. Angelika Zahrt (Neckargemünd), Ursula Zeeb (Remshalden), Ralf Zorn (Jüchen)

Hinweis: Wer das Pulheimer Manifest mit unterstützen und als Unterzeichner aufgeführt werden möchte (Achtung: Nur Nicht-Regierungsorganisationen und Privatpersonen) wende sich bitte an dirk.jansen@bund.net.

Eine Veranstaltung des Aktionsbündnisses "Zukunft statt Braunkohle"

